

Flucht aus der Ukraine. Momentaufnahme aus den Standorten von samo.fa 5. März 2022

- Es sind zuallererst diejenigen **Standorte mit Trägern mit ukrainischem oder russischem Hintergrund** oder mit wichtigen Personen, die einen solchen Hintergrund haben, bei denen sehr viele Informationen auflaufen und die von Menschen aus der Ukraine kontaktiert werden (z.B. Göttingen, Stralsund, Köln, Fulda...).
- Von diesen wird berichtet, dass es *auf offiziellen Wegen bisher nur wenige Flüchtlinge* gibt, aber in einer Reihe von Familien schon *geflohene Verwandte* angekommen sind oder sich angekündigt haben, z.B. in Göttingen oder Fulda.
- Bei diesen Standorten ist eine sehr direkte, persönliche Involviertheit und große, *emotionale Betroffenheit* zu beobachten: Verzweiflung, Wut... Der Angriff auf die Ukraine und seine Folgen für die Menschen wird als eine *extreme Ausnahmesituation* erlebt, mit der die „Hiesigen“ auch lernen müssen umzugehen.
- Allmählich werden Hilfen aufgebaut; es stehen dort *mehr ehrenamtliche Aktive* bereit als für die „normale“ samo.fa-Arbeit der letzten Monate.
- **Viele Standorte bereiten sich vor, vor allem jene, bei denen ein starker Zugang von Geflüchteten erst in den nächsten Tagen und Wochen erwartet wird.**
- Es gibt Bemühungen, den Pool der ehrenamtlich Aktiven gezielt mit Personen aufzustocken, z.B. in Dortmund, die auch *sprachlich vermitteln können*.
- Das gilt auch z.B. für Potsdam; dort wird die *Zahl der Geflüchteten täglich größer, mittlerweile 100, oder für Nürnberg*.
- Es wird geprüft, ob *aus dem Kreis der gerade Angekommenen ehrenamtlich Aktive* gewonnen werden können, denn viele der Geflüchteten wollen helfen. Dafür müssten spezielle Unterweisungen und Coaching angeboten werden.

- **Erste Unterstützungen laufen an. Hier lebende Menschen mit ukrainischem und russischem Hintergrund spielen dabei eine herausragende Rolle.**
- Es werden primär Maßnahmen organisiert, durch die die *Kinder aus den geflüchteten Familien psychisch aufgefangen*, abgelenkt werden, ihren Eltern, bzw. vor allem den *Frauen*, wiederum Luft für Organisatorisches und zum Verarbeiten verschafft werden kann.
- Da die Familien mit Kindern aktuell noch die Hoffnung haben, bald wieder zurückkehren zu können, ist Beschulung im klassischen Sinne nicht der primäre Bedarf. Es geht also weniger um Deutschkurse, als um *Lernaktivitäten in ukrainischer Sprache*, wie sie z.B. in Reutlingen entwickelt und angeboten werden.
- Weiterleitung von wichtigen *Informationen* (auch Mehrsprachig – z.B. über Instagram), insbesondere *auch rechtlicher Art*, und Verweisung auf kommunale/zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen; auch Info-Material, das vom Leitungsteam an die Standorte versandt wurde.
- Eine Variante der Aufklärungsarbeit, z.B. in Stralsund, besteht in Podcasts, Schulungen und Material zur Vorgeschichte des Konflikts und zu laufenden Informationen über die Lage in der Ukraine.
- Es laufen *erste direkte Beratungskontakte* an, so. z.B. in Bielefeld mit Studierenden aus dem Iran, die nun aus der Ukraine geflüchtet sind. Dies Beispiel zeigt zugleich an, wie komplex die Anforderungen an Beratungen sein können.
- Dies gilt auch für die *Unterstützung von Geflüchteten mit afrikanischem Hintergrund*, um die sich in Saarbrücken und Berlin gekümmert wird. Aus Potsdam wird berichtet, dass sich afrikanische Studierende, die aus der Ukraine geflohen sind, melden und dringend jedwede Unterstützung benötigen.
- *Verweisberatung* und *Sekundärunterstützung*, z.B. logistischer Art, durch erfahrene Träger spielt zunehmend eine wichtige Rolle, wie z.B. in Stuttgart und Augsburg.
- *Übernachtungsmöglichkeiten* werden geklärt und vorbereitet, z.B. in München. Dort, wo es große osteuropäische Migrant*innen-Communities gibt, wie z.B. in Düsseldorf, kommen laufend Geflüchtete an; bis zum Berichtstag waren es schon 500. 250 Plätze für die Erstaufnahme sind vorbereitet; das reicht aber nicht.
- Es finden *Treffen zwischen Migrant*innen-Organisationen* statt zur Eruierung von Zusammenarbeit und Abstimmung von Angeboten.
- *Spendensammlungen* werden initiiert, z.B. in München, Düsseldorf, Reutlingen, Stralsund

- **Kommunale Zusammenarbeit. Viele Kommunen bereiten Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen vor; viele zivilgesellschaftliche Akteure sind ebenfalls „am Start“. Abstimmung, Arbeitsteilung und Zusammenarbeit sind daher von besonderer Bedeutung.**
 - In Bochum z.B. hat die Stadt ein „Orga-Team“ und ein Initiativkreis gebildet. Die Koordinierung liegt bei der Ehrenamtsagentur. Der samo.fa-Träger ist aktiv beteiligt und schon Anlaufstelle für vielfältige Anfragen und Angebote, die übrigens auch in Hinblick auf *Seriosität, Diskriminierungsfreiheit und Machbarkeit geprüft werden müssen*.
 - *An allen Standorten* sind mittlerweile Kontakte zu den kommunalen Stellen aufgenommen worden.
 - Es ist leider immer noch keine Selbstverständlichkeit, dass die samo.fa-Expert*innen für Geflüchtetenarbeit in die kommunalen Krisenstäbe einbezogen werden.
 - Oftmals sind auch die jüdischen Gemeinden erste Anlaufstelle; mit ihnen wird kooperiert, wie z.B. in Mönchengladbach.
 - Schon jetzt wird z.T. *Vorkehrung für längerfristige Aufenthalte* getroffen, wie z.B. in Stralsund durch den Aufbau eines Gesundheitsnetzwerks.
 - Als eine besondere Herausforderung wird gesehen, dass die Menschen, die kommen, in der Regel noch Verwandte und enge Freunde in der Ukraine haben und sich allergrößte Sorgen machen müssen. Das *Trauma der eigenen Flucht und die psychologische Belastung durch die Sorge um die Zurückgebliebenen* verstärken sich gegenseitig. Psychologische Hilfe und Unterstützung wird dringend notwendig werden.
- **Aufklärung und Mobilisierung von Solidarität: das Wirken in Richtung auf die eigenen Vereine, die Öffentlichkeit und die lokale Politik gehört zu den „Standards“ der Geflüchtetenarbeit „vor Ort“.**
 - An nahezu allen Standorten, z.B. in Lübeck, Hannover, Freiburg, München, Münster, Dresden und Leipzig, gibt es *Solidaritätsaktionen und Mobilisierung zur Unterstützung* der ukrainischen Geflüchteten. Dabei kommen *verschiedene Formate* zum Einsatz, so z.B. Stellungnahme und Pressenmeldung (München), eine gemeinsame Erklärung von Migrant*innen-Organisationen (Lübeck), Radiokampagnen /-aktionen (Freiburg) und Instagram-Gruppen
 - Dialogkonferenzen als eingespieltes Format zum Thema Flucht aus der Ukraine, z.B. in Stralsund

- **Die Krise mobilisiert Vorurteile und Diskriminierungen.** Es besteht die Gefahr, dass sich Unterscheidungen in Geflüchtete, wie akzeptiert und solche, die weniger akzeptiert werden, verschärft.
 - Bei den Standorten mit Bezügen zu hier schon lebenden Menschen mit Herkünften aus der Ukraine und aus Russland ist bislang nicht zu beobachten, dass sich Feindschaften entwickeln, eher gebe es gemeinsamen Kummer um den Umstand, Kriegsparteien zu sein. Man wünsche sich, so wird berichtet, eine deutliche Differenzierung zwischen Regierungen und den Menschen dieser Länder, eine sachliche Herangehensweise und ein uneingeschränktes Bekenntnis zu Frieden.
 - Berichtet wird von der Wahrnehmung, dass Geflüchtete aus der Ukraine in der Öffentlichkeit ein deutlich anderes „Image“ haben als andere Gruppen von Geflüchteten: sie werden als weiß, christlich, europäisch und gebildet gelesen.
 - Aus Standorten mit einem starken Bezug zu Menschen z.B. aus afrikanischen Ländern werden die Meldungen über Diskriminierungen von Geflüchteten mit Drittstaatenpässen beim Eintritt in EU-Länder und auch bei Bahnfahrten in Deutschland mit Besorgnis registriert.
 - Es ist keineswegs auszuschließen, dass Menschen mit russischem Hintergrund Zielscheibe von Alltagsdiskriminierungen werden. Es gibt Berichte aus erster Hand, dass die Kinder und Jugendlichen in der Schule von deutschen Lehrkräften gefragt werden, wie ihre Eltern politisch und zu Putin stehen.